

## **UN-Verhandlungen über ein weltweites Verbot von Atomwaffen – ohne Deutschland!**

In zwei Verhandlungsrunden (März und Juni-Juli 2017) beraten die Vereinten Nationen in New York über ein weltweites Verbot von Atomwaffen (das sind weltweit ca. 15.000, die uns am nächsten gelagerten 20 Stück befinden sich in der Vulkaneifel (bei Cochem)).

Im Oktober 2016 hatte der UN-Ausschuss für Abrüstung und internationale Sicherheit auf Antrag Österreichs, Brasiliens, Südafrikas, Irlands und Nigerias mit der Unterstützung weiterer 57 Staaten die Aufnahme von Verhandlungen über ein Atomwaffenverbot gestimmt. 123 Staaten votierten für den Resolutionsentwurf und somit für das Mandat, in 2017 eine entsprechende UN-Konferenz einzuberufen. 38 Staaten, angeführt von Russland, den USA und den meisten NATO-Staaten, stimmten dagegen, 16 Staaten enthielten sich der Stimme.

Deutschland folgte der Empfehlung der USA und votierte mit Nein.

**Die Zivilgesellschaft ist somit aufgerufen, der Regierung durch ihre Stimme Druck zu machen. Wenn Sie in Deutschland und weltweit keine Atomwaffen mehr wollen: unterschreiben Sie!**

Das Europaparlament hatte alle EU-Mitgliedsstaaten dazu aufgerufen, für die Verhandlungen zum Atomwaffenverbot zu stimmen, doch leider waren – außer den beiden europäischen Antragsstellern Österreich und Irland – nur wenige dafür. Als einziges NATO-Mitglied enthielten sich die Niederlande der Stimme. Eine große Überraschung war die Ja-Stimme Nordkoreas sowie die unerwarteten Enthaltungen von China, Indien und Pakistan. (Quellen: taz; ICAN; Süddeutsche Zeitung; Tilo Jung)

Die Internationale Kampagne für die Abschaffung von Atomwaffen (ICAN), die lange auf dieses Ergebnis hin gearbeitet hatte, nannte die Abstimmung in den UN „**eine Abrüstungspolitische Revolution**“. Noch nie hätten es die atomwaffenfreien Staaten gewagt, die Atomwaffenstaaten und ihre Alliierten in einer solchen Frage zu überstimmen. Die Entscheidung stelle auch eine neue weltpolitische Weichenstellung dar.

Am Ende des Prozesses soll ein Vertrag stehen, dessen Unterzeichner auf Nuklearwaffen komplett verzichten - und die sich dazu verpflichten, keinerlei direkte oder indirekte Unterstützung für nukleare Ambitionen anderer Staaten zu leisten. Der Vertrag soll Atomwaffen ächten und damit auch stigmatisieren. Es besteht auch breite Einigkeit über die Notwendigkeit, positive Verpflichtungen aufzunehmen, darunter zu den Rechten der Opfer und zur Umweltsanierung. Zunächst wird erwartet, dass nur die bereits atomwaffenfreien Staaten den Vertrag aushandeln. In einem zweiten Schritt sollen sich die Atomwaffenstaaten darauf einigen, mit der Eliminierung ihrer Atomwaffen zu beginnen (gemäß Atomwaffensperrvertrag) und sich danach dem Vertrag anschließen.

**Wenn Sie in Deutschland und weltweit keine Atomwaffen mehr wollen: unterstützen Sie die deutschlandweite Petition und helfen Sie durch Ihre Unterschrift, der deutschen Regierung Druck zu machen.**